

Pressemitteilung:

19. Mai 2004

Große soziale Unterschiede im Rauchverhalten und bei der tabakbedingten Frühsterblichkeit

Deutsches Krebsforschungszentrum stellt neueste Publikation zum Welt Nichtrauchertag (31.05.2004) zum Motto „Rauchen und Armut“ vor.

Wie in anderen Industrienationen besteht auch in Deutschland eine stark ausgeprägte soziale Polarisierung des Rauchverhaltens: Hohe Raucheranteile weisen vor allem Personen mit geringerer Bildung, geringem Einkommen und niedrigerem beruflichen Status sowie Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger auf. In einer neuen Publikation des Deutschen Krebsforschungszentrums wird deutlich, dass der Raucheranteil bei den 18- bis 19-Jährigen mit 64% bei den Hauptschülern um 25 % höher liegt als bei Personen derselben Altersgruppe, die ein Gymnasium besuchten.

Große Unterschiede sind auch beim Rauchverhalten zwischen den verschiedenen Berufsgruppen erkennbar: Männer in einfachen manuellen Berufen und Frauen in einfachen Dienstleistungsberufen rauchen im Vergleich zu Personen in anderen Berufsgruppen am häufigsten (bis zu 50%), dagegen rauchen Gymnasial-, Hochschullehrer und Ärztinnen am seltensten (ca. 15%).

Ein ähnlich deutliches Bild zeigt sich in Bezug auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen: Während 43% aller Männer mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 730 € pro Monat rauchen, sind dies nur 23% aller Männer in der höchsten Einkommensgruppe mit 3350€ und mehr. Mehr als die Hälfte der Unterschiede in den Sterberaten zwischen niedrigster und höchster sozialer Schicht bei Männern in Industrieländern wird durch das Rauchen verursacht.

Der Tabakkonsum ist nicht nur verantwortlich für eine Vielzahl weit verbreiteter chronischer Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislaufkrankheiten und chronisch obstruktive Bronchitis, sondern auch für beträchtliche Aufwendungen der Privathaushalte. Durchschnittlich 5,5% des Einkommens wird in deutschen Privathaushalten für Tabakwaren ausgegeben. In einkommensschwachen Gruppen und vor allem bei Alleinerziehenden kann dieser Ausgabenanteil bis zu 20% betragen.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum fordert deshalb die Politik auf, Tabakkontrollmaßnahmen stärker als bisher gezielt auf Personengruppen mit Niedrigeinkommen und geringerer Bildung auszurichten. Die bereits vollzogenen und geplanten Tabaksteuererhöhungen sind geeignet, die sozialen Unterschiede im Tabakkonsum zu verringern, da ärmere

Bevölkerungsschichten sensibler als andere auf Preiserhöhungen reagieren. Eine 10 %ige Steuererhöhung bewirkt einen Rückgang des Konsumverhaltens bei Personen mit Niedrigeinkommen um bis zu 13% im Vergleich zu 4% bei der Gesamtbevölkerung. Neben dieser wichtigsten Maßnahme der Personensteuerung sollten sich jedoch auch Beratungs- und Behandlungsmaßnahmen zur Tabakentwöhnung und massenmediale Kommunikationsstrategien stärker als bisher an sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten wenden. Ferner ist dringend ein umfassendes Tabakwerbeverbot umzusetzen, da Werbung und Marketing für Tabakprodukte einen erheblichen Einfluss auf die Gesamtnachfrage nach Tabakwaren, insbesondere auch für sozial benachteiligte Personen mit Niedrigeinkommen haben.

Die Publikation „Rauchen und soziale Ungleichheit – Konsequenzen für die Tabakkontrollpolitik“ ist im Deutschen Krebsforschungszentrum direkt zu beziehen unter who-cc@dkfz.de oder einzusehen unter www.tabakkontrolle.de

Für Interviewfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Deutschen Krebsforschungszentrums.

Kontakt: presse@dkfz.de
Pressemitteilungen, [Übersicht](#)
[DKFZ-Home](#)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
69120 Heidelberg